

Bild hat es schon lange gewünscht: »Steuern runter macht Deutschland munter«. Der Kanzler hat's dann auch kapiert und selbst die Opposition ist nun auf den Trichter gekommen: Runter mit den Steuern für mehr Wachstum und Beschäftigung! Und sozial ist ja bekanntermaßen, was Beschäftigung schafft. Alle freuen sich, der Dax zieht an, Lob kommt selbst vom Dauerspafvogel Westerwelle.

Wer nicht in die Laudatio einstimmt, wird als Blockierer und Modernisierungsfeind öffentlich geächtet. Nur: Wer die Fakten ansieht, wird nicht umhin können, die Steuerreform abzulehnen, weil sie nicht nur nicht hält, was sie verspricht sondern sich die Versprechungen in ihr Gegenteil verkehren.

1. Die Steuerreform ist unsozial

Die dritte Stufe der Steuerreform ist in erster Linie ein Geschenk an die Besserverdienenden. Zwar wird der Eingangssteuersatz von 19 auf 15% gesenkt und der Freibetrag angehoben, wovon niedrige Einkommen profitieren, am meisten jedoch – nicht nur absolut, sondern auch relativ – gewinnen Gutverdienende. Sie haben einen doppelten Vorteil: Einmal werden sie von der Absenkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 48,5 auf 42% begünstigt, genauso dürfen sie sich aber über die Entlastung durch niedrigere Eingangssteuersätze und höhere Grundfreibeträge freuen.

Ein Beispiel: Eine alleinstehende Arbeitnehmerin, 1 Kind, Jahreseinkommen brutto 23000 Euro. Ihr monatliches Haushaltseinkommen beträgt derzeit einschließlich Kindergeld 1793 Euro. Ab 2004 würde sie ohne den neuen Freibetrag für Alleinerziehende pro Monat 1774 Euro erhalten, also 19 Euro weniger, weil der bis einschließlich 2003 geltende Steuerfreibetrag für den Haushalt Nichtverheirateter mit Kindern aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes ab 2004 abgeschafft werden musste. Das Bundesverfassungsgericht sah nämlich

Mogelpackung Steuerreform

den besonderen Schutz der Ehe und Familie bedroht, wenn Unverheiratete einen steuerlichen Vorteil erhalten, den Verheiratete nicht erhalten.

Als der Regierung nach einigen Monaten bewusst wurde, dass Alleinerziehende trotz der Steuerreform de facto schlechter gestellt sind, haben sie einen Freibetrag für »wirklich« Alleinerziehende eingeführt. Abgesehen davon, dass fraglich ist, wann jemand »wirklich« allein erziehend ist, ist der finanzielle Vorteil minimal: Im Ergebnis erhält die Alleinerziehende mit dem neuen Freibetrag 15 Euro pro Monat mehr als in 2003, das entspricht 0,89%.

Zum Vergleich: Ein allein stehender Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von 68000 Euro erhält 2003 jeden Monat 3802 Euro. Ab 2004 werden ihm 4018 Euro im Monat überwiesen, mithin 5,7% mehr. Soweit zur sozialen Gerechtigkeit.

Richtig wäre es gewesen, durch Absenkung des Eingangssteuersatzes, Erhöhung des Grundfreibetrags und deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes endlich die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen. Mit dem Vorziehen der Einkommensteuerreform 2004 wird das verhängnisvolle Auseinanderdriften bei den Arbeitnehmerbezügen durch unangemessen niedrige Lohnerhöhungen bei den unteren Einkommensklassen durch die Steuerreform noch verstärkt.

Nach wie vor sind gering verdienende Alleinerziehende weit schlechter gestellt als ihre verheirateten Artgenossen. Es wird Zeit, das bisher sakrosankte Dogma der Ehe und das damit einhergehende patriarchale Gesellschaftsverständnis über Bord zu werfen und die staatliche Subvention der Ehe als Institution endlich abzuschaffen.

2. Die Steuerreform fördert kein Wachstum

Zunächst: Die Wachstumsfrage kann nicht nur unter rein ökonomischen Gesichtspunkten gestellt werden. Die Frage nach den Grenzen des industriellen Wachstums ist keine, die leicht beantwortet werden kann. Unzweifelhaft ist aber, dass immense Wachstumsziele in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur vorhanden sind, die garantiert ökologisch unschädlich sind. Natürlich stellt sich hier die Frage, wer zahlt und wer bietet an.

Hierzu nur kurz: Der Nutzen solcher Güter, deren Ausweitung gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist, wird häufig vom Einzelnen zu gering geschätzt. Er wird also lieber mehr Geld in den industriellen Konsum stecken mit all den ökologischen Problemen. Und: private Anbieter wollen Gewinne sehen. Sie werden also bevorzugt solche Leistungen anbieten, die maximale Profite versprechen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Selektion nach ökonomischen Gesichtspunkten wohl kaum mit den realen Bedürfnissen von Menschen in Einklang zu bringen ist.

Fördert die Steuerreform überhaupt Wachstum? Nein.

Bund, Länder und Gemeinden haben durch die Steuerreform weniger Einnahmen, auch wenn die Ausfälle zu zwei Dritteln durch Subventionsabbau refinanziert werden sollen. Es bleibt – ohne Neuverschuldung – bei einem Drittel weniger.

Nun geben aber Bund, Länder und Gemeinden jeden Euro, den sie verdienen auch wieder aus; sei es für Investitionen oder für die Entlohnung ihrer Angestellten. Jeder vom Staat und seinen Gebietskörperschaften bezahlte Euro erhöht so das Bruttoinlandsprodukt, den entscheidenden Wachstumsindikator.

Gibt man nun den Bürgern mehr Geld auf die Hand, können sie damit zweierlei machen: Entweder sie geben das Geld aus oder sie sparen es. In der Regel ist es so, dass die Neigung, zusätzliches Geld auszugeben, abnimmt, je mehr Geld jemand hat. Das leuchtet unmittelbar ein, es macht keinen Sinn, noch eine Spülmaschine zu kaufen, wenn man schon eine hat.

Wie oben gezeigt, entlastet die Steuerreform Besserverdienende mehr als Wenigverdienende. Weil Besserverdienende mehr sparen, kann mit diesem Teil erst mal kein Wachstum erzielt werden. Vergleicht man das Wachstum, das erzielt würde, wenn das Geld vom Staat ausgegeben wird, mit dem, das erzielt wird, indem man die Steuerzahler entlastet, stellt man fest, dass die Steuerreform das Wachstum nicht verstärkt, sondern bremst.

3. Die Steuerreform führt nicht zu mehr Beschäftigung

Auch hier müsste eigentlich erst die Frage nach der unter sozialen und fortschrittlichen Gesichtspunkten wünschenswerten Art von Beschäftigung geklärt werden. Weil aber die Ausführungen dazu Schränke füllen, sei hier nur die These vertreten, dass Menschen sichere, ausreichend bezahlte und ihren Fähigkeiten gerecht werdende Beschäftigungen brauchen. Nur um den Ausbau solcher Arbeitsplätze geht es also.

Dass Wachstum sich generell positiv auf die Beschäftigung auswirkt, ist unumstritten. Aber: durch die Steuerreform wird umverteilt, Geld kommt vom Staat zu Einzelpersonen, die entweder selber Beschäftigung schaffen oder über ihren Konsum zu mehr Beschäftigung beitragen – in der Regel im privaten Sektor. Dem Staat als Arbeitgeber steht jedenfalls weniger Geld zur Verfügung.

Ist man der Meinung, dass die Beschäftigung im öffentlichen Dienst grundsätzlich eine gute Sache ist, weil der Staat als Anbieter gesamtgesellschaftlich sinnvoller Leistungen nicht den Profitzwängen Privater unterliegt und so dem Ideal einer Verteilungsgerechtigkeit zumindest theoretisch näher kommen kann, so ist der Abbau des öffentlichen Dienstes ein sozialer Rückschritt.

Abgesehen davon, dass das Wachstum durch die Steuerreform eher gebremst wird, also weniger Beschäftigungsimpuls entsteht, ist jetzt noch die Frage zu beantworten, welche Beschäftigungswirkung sich durch den Mehrkonsum Privater und Unternehmer ergibt. Einmal sicher eine im haushaltsnahen Bereich durch die Entlastung von Besserverdienenden. In der Realität häufig in Form von asozialer Schwarzarbeit.

Die Auswirkungen durch den Mehrkonsum auf Arbeitsplätze sind nicht so leicht festzustellen: Zum Teil wird importierte Ware konsumiert, was möglicherweise Arbeitsplätze im Ausland entstehen lässt, also nicht das Schlechteste.

Ob und wie der Konsum Arbeitsplätze in der BRD schafft, hängt davon ab, ob Produkte im kapitalintensiven oder eher im lohnintensiven Bereich nachgefragt werden. Geht man aber davon aus, dass der Staat als Arbeitgeber hauptsächlich in den personalintensiven Bereichen (wie öffentliche Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Kultur) beschäftigt, liegt die Vermutung nahe, dass staatliche Mehreinnahmen eher zu Mehrbeschäftigung führen als Mehrkonsum.

Fazit: der Regierung ist es einmal wieder gelungen, in einem geschickten Coup die gutgläubige Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Nur: der Kaiser bleibt nackt, auch wenn es keiner wahrhaben will.

Astrid Kraus

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen

Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ